

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 1

Artikel: Uniting America : uniting the world : Bemerkungen zum amerikanischen Sendungsbewusstsein
Autor: Lau, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341897>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Uniting America – uniting the world

Bemerkungen zum amerikanischen Sendungsbewusstsein

«Als ein freies Volk wissen die Amerikaner, dass Freiheit das Recht jedes Menschen und die Zukunft jeder Nation ist. Die Freiheit ist aber nicht Amerikas Geschenk an die Welt, es ist Gottes Geschenk an alle Menschen. Wir Amerikaner glauben an uns selbst, darin erschöpft sich unser Glaube aber nicht. Wir kennen die Wege der Vorsehung nicht und behaupten auch gar nicht, sie zu kennen. Dennoch bauen wir auf sie und setzen damit all unser Vertrauen auf einen liebenden Gott, der das Leben und die Geschichte der Völker im Verborgenen leitet. Möge er unsere Schritte auch zu dieser Stunde lenken. So segne und behüte der allmächtige Gott jetzt und immerdar die Vereinigten Staaten von Amerika.»

Als Präsident Bush seine Rede zur Lage der Nation vom 28.1.2003 mit diesen Worten beendete, hob im Kongress ein tosender Applaus an. Millionen von Amerikanern waren zu Tränen gerührt. Zur gleichen Zeit machte sich jenseits des At-

Thomas Lau

lantiks lähmende Fassungslosigkeit breit. Bush hatte Worte gefunden, um den Krieg Amerikas gegen den Irak zu rechtfertigen, die die Europäer an ferne, dunkle, vor-moderne Zeiten erinnerte. Irritierend wirkte zudem, dass selbst liberale Politiker dem Predigerton des Präsidenten nichts entgegenzusetzen hatten. Die politische Elite des mächtigsten Landes der Welt sammelte sich, um seine göttliche Mission in der Welt zu erfüllen.

Puritanische Wurzeln

Die Wurzeln des amerikanischen Sendungsgedankens, der hier zum Ausdruck

kam, reichen weit in die amerikanische Geschichte zurück und haben einen komplexen Wandlungsprozess hinter sich. Der Beginn lag in den puritanischen Kolonien Neuenglands. Schon John Winthrop (1588–1649), der Begründer von Massachusetts, hatte seine Siedler 1630 gemahnt, nie ihren göttlichen Auftrag aus den Augen zu verlieren. Der Blick der ganzen Welt ruhe auf ihrem Unternehmen. Gelingen es ihnen, ihren Glauben zu leben, ein Gemeinwesen zu errichten, das von christlicher Liebe durchdrungen sei, so werde es das Licht der Welt sein. Seine Strahlkraft werde gleich einer Stadt, die auf einem Berge stehe, weithin leuchten. Das, was die Siedler schufen, sollte von Beginn an kein isoliertes Paradies, sondern ein Vorbild für andere sein. Kirche und Staat blieben daher streng getrennt. Kein äusserer Zwang sollte das individuelle Gotteserlebnis überschatten. An die Stelle der verhassten geistlichen Tyrannei der Bischöfe sollte vielmehr die brüderliche Verständigung über den rechten Weg treten. Nur so könne die müde

Christenheit wieder auf den rechten Weg geführt werden.

Die Aussenwelt teilte sich in irre geleitete Brüder, die zu erlösen, und in die Mächte Finsternis, die zu bekämpfen waren. Ob indianische oder französische Angreifer, stets sahen die Prediger Neuenglands den Antichristen am Werke, der das «neue Jerusalem» zu zerstören trachtete. Hatte er Erfolg, so war man vom rechten Wege abgewichen und die puritanischen Prediger mahnten das auserwählte Volk zur Umkehr.

Die Anknüpfungspunkte für solche Mahnungen waren schon Ende des 17. Jahrhunderts zahlreich. Mit dem Tod der ersten Einwanderergeneration begann die Geschlossenheit des Gemeinwesens dahinzuschwinden. Neuengland, das bisher in seiner sozialen Stabilität aussergewöhnlich war, begann sich strukturell an die Kolonien südlich von Boston anzugleichen. Rascher Gewinn und geringes Interesse am Gemeinwesen prägten nun auch das «neue Jerusalem». Mit dem sozioökonomischen Wandel drang der Geist der Gewinnmaximierung und des Rationalismus in das beunruhigte Neuengland vor.

Ihre geistlichen Führer, die auf der puritanischen Kaderschmiede Harvard ausgebildet wurden, hatten Antworten auf diese soziale und weltanschauliche Herausforderung zu finden und sie taten dies mit bemerkenswerter Geschmeidigkeit. Männer wie Cotton Mather näherten sich Gedanken der Aufklärung an. Dies fiel um so leichter, als auch im Umkreis amerikanischer Intellektueller die Idee der besonderen Sendung ihrer Heimat zunehmend an Popularität gewann. Ausgangspunkt dieser These war der renommierte Gelehrte George Berkeley (1685–1753). Das Zentrum der Zivilisation, so verkündete der von seiner Heimat enttäuschte Engländer, verschiebe sich von Zeitalter zu

Zeitalter unaufhaltsam nach Westen. Bald werde in Amerika ein unverdorbenes, freies Geschlecht die Fackel des Lichts ergreifen.

Land mit einer Mission

Die Grenze zwischen Aufklärung und Puritanismus wurde unschärfer. Es kam zu gegenseitigen Durchdringungen. Boston begann die intellektuellen Entwicklungen in Virginia zu beachten. Zugleich erreichte Amerika eine aus England herüberschwappende Welle evangelikaler Erweckungsbewegungen, die die puritanische Gemeindestruktur transformierte und in der neuen, freieren Form auch für die südlichen Kolonien attraktiv machte. Bereits vor Beginn des Unabhängigkeitskrieges zeichneten sich die Umrisse einer gemeinsamen amerikanischen Kultur ab, die ganz wesentlich von der wechselseitigen Beeinflussung sakraler und säkularer Motive geprägt war. Staatsfern, aber nicht unpolitisch, im Einzelnen klein, aber mit hoher Bindungskraft, streng gläubig und doch dogmatisch flexibel blieben die Religionsgemeinschaften wichtige Faktoren im politischen Leben. Für säkulare Eliten war diese Stärke kaum ein Problem. Da die puritanischen Gemeinschaften den Wert der individuellen Gewissensentscheidung hervorhoben und jede Vermengung zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt ablehnten, erschien ein Kampf gegen ihren Einfluss auf das gesellschaftliche Leben weder opportun noch notwendig.

Es war diese besondere Konstellation, die die Entstehung und den Fortbestand einer sakral-säkularen politischen Sprache und damit einer die Religionsgemeinschaften überwölbenden bürgerlichen Religion auch nach dem Unabhängigkeitskrieg garantierte. Angehörige verschiedener Glaubensrichtungen bis hin zu Agnostikern liessen sich in der Grund-

**Im Umkreis
amerikanischer
Intellektueller
gewann die Idee
der besonderen
Sendung ihrer
Heimat
zunehmend an
Popularität.**

überzeugung vereinigen, ein einzigartiges, vorbildhaftes Land zu besiedeln, das eine Mission zu erfüllen hatte. Gegner wie England, Spanien, Mexiko, später auch Deutschland und die UdSSR wurden demgegenüber als Länder der Unvernunft, der Gottlosigkeit und der Finsternis identifiziert. Selbst religiöse Zweifler wie Abraham Lincoln und sein Aussenminister William Seward bedienten sich einer solch doppeldeutigen Motivik, die an sakrale Emotionen und den politischen Verstand gleichermassen appellierte.

Soziale, kulturelle

und politische

Konflikte konnten

durch die

Verteilung neu zu

erschliessender

Ressourcen

besänftigt werden.

Expansion ohne Eroberung

Die Idee der Sendung bedurfte allerdings der konkreten Ausgestaltung und diese erwies sich als ausgesprochen schwierig. Die unter Schmerzen hervorgebrachte Verfassung des Landes war und ist ausgesprochen entwicklungsoffen. Die Fragen, ob beim Bund oder den Staaten die Regierungsgewalt lag, ob die Republik einen bäuerlichen oder industriellen Charakter tragen sollte, ob sie egalitär oder aristokratisch geordnet war, überliessen die Gründerväter den zukünftigen Generationen, die darüber in fortwährendem Streit lagen. Einig waren sich alle Seiten nur in einem Punkt. Sie alle priesen die Republik als überlegene Staatsform und die segensreiche Wirkung der grenzenlosen amerikanischen Siedlungsräume für deren weitere Entfaltung. Sie garantierten Expansion ohne Eroberung, soziale Mobilität ohne Klassenkampf, bäuerliche Dominanz ohne Verzicht auf Urbanität. Soziale, kulturelle und politische Konflikte konnten durch die Verteilung neu zu erschliessender Ressourcen besänftigt, die Verfestigung von Strukturen verhindert werden.

Bindungen zum Ausland schienen angesichts dieser natürlichen Segnungen bestenfalls überflüssig, schlimmstenfalls schädlich zu sein. Die amerikanische

Aussenpolitik hatte bis Ende des 19. Jahrhunderts vor allem das Ziel, die ungestörte Expansion Amerikas auf dem eigenen Kontinent zu gewährleisten. Die von England wohlwollend mitgetragene Monroedoktrin des Jahres 1823 brachte dies in ihrer vehementen Ablehnung europäischer Interventionen in Amerika überdeutlich zum Ausdruck. Der Auftrag, die amerikanische Wildnis in einen blühenden Garten zu verwandeln, war den Vereinigten Staaten selbst vorbehalten.

Es lag in der Logik dieses Grundgedankens, dass andere Anwarter auf das angeblich leere Land im Westen beiseite geschoben wurden. Dies galt für die amerikanischen Ureinwohner, aber auch für die Franzosen, Spanier und Mexikaner. Wer einen friedlichen Vertrag verweigerte, wie ihn die Franzosen 1803 mit Präsident Jefferson abschlossen, wurde mit Gewalt vertrieben. Die Mexikaner, so erklärte der Publizist und Politiker John O'Sullivan 1846 im Vorfeld des amerikanisch-mexikanischen Krieges, hätten als ein dekadentes, versklavtes Volk ohnehin keinen Anspruch auf den Westen. Das Schicksal der noch unerschlossenen Gebiete müsse in den Händen der tugendhaften USA liegen, die sich Tag für Tag aufs Neue dieses Auftrags würdig erwiesen.

Äusseres Wachstum statt innere Stagnation

Im Vorfeld dieses letzten Konfliktes um die Expansion der USA war allerdings deutlich geworden, dass dieses Selbstbild zunehmend an der Wirklichkeit zu scheitern drohte. Zum einen hatte sich das Land schneller gefüllt als erwartet. Die möglichen Siedlungsgebiete wurden knapp und selbst die mexikanischen Eroberungen brachten nur eine zeitweilige Entlastung. Zum anderen waren die inneren Spannungen, die bisher durch die Neuverteilung von Land ausgeglichen worden

waren, immer heftiger geworden. Neben politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd, die schliesslich im Bürgerkrieg eskalierten, waren die Spannungen zwischen Protestanten und katholischen Neueinwanderern, die sich nur schwer in die amerikanische Zivilreligion integrieren liessen, ein erhebliches Problem für den Zusammenhalt der Nation. Als nicht minder problematisch erwies sich die Entstehung einer afroamerikanischen Ethnie, die neben ihrer Hautfarbe vor allem die Erfahrung der gemeinsamen Diskriminierung teilte.

All diese Faktoren verlangten dringend nach einem Ventil, wobei der Westen diese Funktion schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer weniger zu spielen vermochte. Die offene Grenze Amerikas, so stellte der Historiker Frederick Jackson Turner bereits 1890 fest, hatte sich geschlossen. Hatten sich die Expansionsmöglichkeiten erschöpft, so drohten, wie Turner warnte, Stagnation, Erstarrung und Verfall. Der Weg zur Europäisierung Amerikas schien vorgezeichnet zu sein.

Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma bestand in einer inneren Wiederentdeckung, wie sie der Schriftsteller und Philosoph Ralph Waldo Emerson forderte. Noch, so führte er aus, sei die amerikanische Natur wild und ungebändigt. Man möge dafür sorgen, dass dies so bleibe. Naturparks, so Emmersons Schüler John Muir, müssten gegründet werden, damit auch künftige Generationen die Erhabenheit der wilden Natur erspüren könnten. Tatsächlich, so pflichteten Ökonomen den Naturschützern bei, waren die unglaublichen Ressourcen des Landes noch lange nicht erschöpft. Die Erfahrung wirtschaftlichen Wachstums und natürlicher Wildheit stand auch in ihren Augen noch vielen Generationen von Amerikanern offen.

Andere waren weniger optimistisch. Zu ihnen gehörte Theodor Roosevelt, dessen Präsidentschaft die Vereinigten Staaten militärisch, politisch und psychologisch auf ihre künftige Weltmachtposition vorbereitete. Hochgebildet und doch populistisch argumentierend, konservativ und doch sozial engagiert, ein Gentleman und ein Cowboy zugleich, strebte er wie sein Vorgänger danach, in der eigenen Person die Widersprüche seines Landes zu vereinigen und zugleich aufzulösen. Auch er sah in innerer Stagnation und die sozialer Verfestigung die grössten Gefahren der Freiheit. Nur Wachstum konnte sie in Schach halten. Um es sicherzustellen, sei aber, so der Standpunkt Roosevelts, der Binnenmarkt allein nicht ausreichend. Amerikas Industrie brauchte weltweite Absatzräume, um seinen Weg der unbegrenzten Expansion fortsetzen zu können. Es gelte daher, internationale Präsenz herzustellen und Handelsbeschränkungen notfalls mit Gewalt zu beseitigen. Stabil könnten die aussenwirtschaftlichen Beziehungen jedoch nur sein, wenn neben die ökonomische Expansion die politische trete. Länder, die wie die USA die wirtschaftliche und politische Freiheit des Individuums garantierten, seien natürliche Verbündete. Es sei im ureigensten Interesse Amerikas, diese Regierungen in ihrem Bestand zu schützen oder sie dort, wo sie noch nicht existierten, in ihrer Entwicklung zu fördern.

Demokratieexport aus Eigeninteresse

Die Frage, ob Amerika Asyl der Freiheitssuchenden oder leuchtendes Vorbild für andere war, ob es die Freiheit im Inneren zu schützen oder in die Welt zu tragen hatte, sie beschäftigten Amerika nicht erst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Neu war allerdings die entschieden expansionistische Antwort, die auf diese Fragen gegeben wurde. Nur

**Hatten sich
die Expansions-
möglichkeiten
erschöpft,
so drohten laut
Jackson Turner
Stagnation,
Erstarrung und
Verfall.**

**Um Amerika
zu einigen,
muss es der
alten Forderung
Wilsons nach-
kommen und die
Welt befreien.**

durch internationales Engagement und nicht etwa durch Isolation, so verdeutlichte Roosevelt, könne Amerika weiterhin wachsen und die drängenden sozialen Antagonismen des Landes befrieden. Diese These, die Roosevelt mit pathetischer Rhetorik und sakralen Motiven unterfütterte, sollte in den folgenden Jahrzehnten alles andere als unumstritten bleiben. Gescheiterte Demokratisierungsversuche (wie in Kuba oder auf den Philippinen) trieben Amerika ebenso wie die spannungsreichen Beziehungen zu den europäischen Demokratien immer wieder in die Isolation. Das Licht Amerikas liess sich offenbar nicht in eine Welt tragen, die mit Blindheit geschlagen war. Anders als sein Vorgänger Bill Clinton teilte auch George W. Bush bis in den September 2000 hinein dergleichen Zweifel. Es sei Zeit, so verkündete er von seiner Farm in Texas aus, sich wieder der eigenen Wurzeln zu besinnen. Gottesnähe, Vernunft, Freiheit, Rechtschaffenheit könnten nur bewahrt werden, wenn die Amerikaner ihre eigenen Ressourcen, die ihnen die Natur und deren Schöpfer in Hülle und Fülle geschenkt hätten, klug nutzten und sie nicht durch eine expansive Aussenpolitik verschleuderten. Wie Woodrow Wilson und F. D. Roosevelt vor ihm war Bush eher unfreiwillig zu einer Neubewertung dieser Analyse gezwungen. Der direkte Angriff auf die USA durch islamistische Terroristen am 11.9.2001 hatte dem Land seine eigene Verwundbarkeit vor Augen geführt. Man mochte die Attentate als Wink des Himmels oder als Dokument einer verfehlten Politik ansehen – das Ergebnis war das gleiche. Der Präsident hatte dem Land einen neuen Weg zu weisen, er hatte den Versuch zu unternehmen, den destruktiven Akt zum Anlass für konstruktives Handeln zu nehmen. Nach einem Moment der Besinnung begann er eine aussenpolitische Kehrtwendung einzuleiten. Es war ihm klar geworden, so erklärte er aus Anlass seiner zweiten Inaugurationsrede am 20. Januar 2005,

dass die eigene Freiheit nur geschützt werden könne, wenn die Freiheit auch in anderen Teilen der Welt den Sieg davontrage. Isolation war aus dieser neuen Perspektive eine Illusion. Die Kräfte der Unvernunft, der Unnatur und der Gottlosigkeit – das Böse – bedrohten den Hort der Freiheit auch dann, wenn sie ihn nicht unmittelbar angriffen. Es reichte, dass das Land durch Terroranschläge destabilisiert wurde oder dass wichtige amerikanische Rohstofflieferanten und Märkte der wirtschaftlichen Expansion des Landes entzogen wurden, um den amerikanischen Traum langfristig zu gefährden.

Für die Gebote Gottes

Gleich einem Propheten versucht Bush daher seine Mitbürger davon zu überzeugen, dass es einer gemeinsamen Kraftanstrengung bedürfe, um dies zu verhindern. Demokratie und Freiheit müssten schon aus wohl erwogenem Eigeninteresse exportiert werden. Amerika handle, so der Präsident in christlicher Demuthaltung, nicht als auserwähltes Volk, dass allen Nationen seine politischen Vorstellungen aufzwingen wolle. Doch könne kein Zweifel daran bestehen, dass der Wille Gottes und die Natur des Menschen dessen Befreiung von den Ketten der Tyrannei verlangten. Diesem Werk wolle Amerika sich mit seiner ganzen Kraft widmen. Ob Gott für Amerika eintrete, wisse er nicht, doch Amerika – daran liess Bush keinen Zweifel – werde mit all seiner Kraft für die Gebote Gottes eintreten.

Aussenpolitischer und innenpolitischer Erfolg seien im Übrigen eng aneinander gekoppelt. Innere Friktionen zwischen den sozialen und ethnischen Gruppen können auch nach Bushs Vorstellung nur dann überwunden werden, wenn permanentes Wachstum den Aufstieg neuer Elitensegmente fördert. Nur auf diesem Wege ist die Idee einer Nation, die in ihrem gemein-

samen Streben nach Freiheit und Wohlstand zu einer Einheit verschmilzt, gegenüber Konzepten einer multikulturellen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Um Amerika zu einigen, muss es der alten Forderung Wilsons nachkommen und die Welt befreien. Gelingt das Vorhaben, werden die Märkte gesichert, der Terrorismus besiegt und stabile multiethnische Demokratien in fernen Regionen der Welt begründet, so wird Bush dies zweifellos als Triumph amerikanischer Ideale feiern. Er wird sich in die Reihe der grossen Präsidenten stellen, denen es gelang, diese einzigartige Republik zu verteidigen und ihre alten Grenzen zu überschreiten. Sollte er allerdings in den Steppen des Irak und auf den

Strassen von Los Angeles scheitern, so wird das Land bald nach einer neuen Vision verlangen, und man darf gespannt sein, welche Sendung der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin dem Land verordnen wird.

Thomas Lau, Jg. 1967, ist Doktorassistent am Lehrstuhl für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit in Fribourg und wohnt dort und in Freiburg im Breisgau. Er forscht schwerpunktmässig im Bereich der Geschichte des Nationalismus.